

Schaut auf diese Stadt

Jahrzehntlang stand ein geteiltes Jerusalem für die Zwei-Staaten-Lösung. Donald Trump hat diese Illusion zerstört. Und nun? **VON JÖRG LAU**

Dieser Mann lügt so routiniert, dass es kaum auffällt, wenn er der Weltpolitik einen raren Moment der Wahrheit beschert. Donald Trumps überraschende Entscheidung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die amerikanische Botschaft dorthin zu verlegen, ist so ein Augenblick.

Bei keinem anderen Thema der internationalen Politik wird seit Jahrzehnten derart schamlos geheuchelt wie beim Nahostkonflikt. Man könnte Trump fast dankbar sein, damit Schluss gemacht zu haben.

Dass ihm nun vorgehalten wird, er untergrabe den Friedensprozess, legitimiere das israelische Besatzungsregime und breche womöglich eine »dritte Intifada« vom Zaun, ist noch Teil dieser Heuchelei: Der sogenannte Friedensprozess ist seit Jahren bereits nichts anderes als ein Feigenblatt der Besatzungs- und Siedlungspolitik, und die Palästinenser verspüren offenbar keine Lust zu einem weiteren blutigen Aufstand.

Trump's Jerusalem-Entscheidung ist dennoch von epochaler Bedeutung. Nur anders als intendiert: Sie markiert nicht die Rückkehr einer kraftvollen amerikanischen Politik der Mittlerrolle, sondern deren Ende. Und sie erhält unfreiwillig die grundlegenden Kräfteverhältnisse im Nahen Osten.

Wem gehört Jerusalem? Trumps Antwort war eindeutig: Israel. Den palästinensischen Anspruch auf Ostjerusalem hat er nicht einmal erwähnt. Die einseitige Festlegung auf die israelische Position macht Schluss mit dem amerikanischen Anspruch, »ehrlicher Makler« im Nahostkonflikt zu sein. Nicht dass der noch viel Glaubwürdigkeit hatte – doch nun hat Trump den Endstatus Jerusalems als Hauptstadt Israels vorweggenommen und damit den letzten Anreiz für Verhandlungen beseitigt.

Drei miteinander verschlungene Entwicklungen kennzeichnen die Lage: Hundert Jahre westlicher Dominanz im Nahen Osten neigen sich dem Ende zu. Der Rückzug Amerikas begünstigt die Wiederkehr konkurrierender Mächte wie Russland und Iran. Und an die Stelle der palästinensischen Sache tritt die Konkurrenz zwischen Saudis und Iranern als regionales (Un-)Ordnungsprinzip.

Der amerikanische Rückzug hat mit Trump nicht begonnen. Schon der jüngere Bush und Obama hatten den Friedensprozess klammheimlich aufgegeben. Obama erklärte zwar anfangs die Lösung des Nahostkonflikts zur Chef-sache und ließ seinen Außenminister Kerry noch vermitteln, glaubte aber mit der Zeit nicht mehr an einen Erfolg. Das Atomabkommen mit dem Iran war ihm wichtiger als die Lage der Palästinenser. Auch der Trump-Regierung geht es heute um den Iran, wenn auch mit anderer Pointe: Sie will Teheran nicht wie Obama durch Verträge wieder an die Weltgemeinschaft anbinden, sondern die schiitische Vormacht notfalls mit Gewalt zurückdrängen lassen – und baut darum eine israelisch-arabische Allianz.

Man sieht im Rückblick, wozu der Friedensprozess gebraucht wurde: Er verbarg eine Zeit lang das zentrale Dilemma der amerikanischen Nahostpolitik – zugleich mit Israel und den arabischen Regimen verbündet zu sein. Darum war der Eindruck wichtig, man setze sich auch für die Palästinenser ein. Das ist nun offenbar nicht mehr nötig: Israel und Saudi-Arabien (und die Regierungen in seinem Gefolge) sind bereits in einer unausgesprochenen Allianz auf den Gegner Iran fixiert. Das Nachsehen haben die arabischen Brüder unter israelischer Dominanz in Ostjerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen, die dabei nur noch stören.

Die mauen Proteste der arabischen Regime gegen die Jerusalem-Entscheidung sind ein Ausdruck dieser Komplizenschaft. Jahrzehntlang hatten die arabischen Staaten Palästina als Ventil benutzt. Die legendäre »arabische Straße« durfte sich über die Ungerechtigkeit der israelischen Besatzung erregen; wenn sie aber Korruption und Machtmissbrauch zu Hause in Kairo, Bagdad oder Riad anprangerte, folgte brutale Repression. Diese Doppelmoral liegt jetzt offen zutage.

Auch für die Europäer, die zu Recht über Trumps erratische Aktion schimpfen, geht ein

unhaltbares Arrangement zu Ende. Sie beschworen auf zig Konferenzen von Madrid über Oslo bis Annapolis die Zwei-Staaten-Lösung, sie unterstützten Nahost-Quartette, Sonderbeauftragte und Roadmaps – und schauten doch am Ende dem israelischen Siedlungsbau zu, der die Möglichkeit eines palästinensischen Staates zusehends untergrub. Mehr noch: Ihre Hilfsmilliarden an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Ramallah und an die Menschen im Gazastreifen finanzierten indirekt die Besatzung, die sie anprangerten. Die Scheinheiligkeit fiel so lange nicht auf, wie man die Okkupation für temporär halten konnte. Nach 50 Jahren – und ohne Aussicht auf neue Verhandlungen – geht das so nicht mehr.

Denn was wird nun mit der palästinensischen Führung, die von Trump so offen gedemütigt wurde? Seit Jahren hat die Autonomiebehörde mit dem israelischen Sicherheitsapparat kooperiert, um die Sicherheit im Westjordanland zu gewährleisten und die islamistische Konkurrenz zu unterdrücken. Mahmud Abbas, 2005 für vier Jahre zum Präsidenten der PA gewählt, regiert nun bald 13 Jahre ohne weitere Abstimmung.

Wahlen, bei denen die Islamisten von Hamas gewinnen könnten, fürchtet die PA offenbar noch mehr als die Verlängerung der Besatzung. Sie behauptet zwar, zu Verhandlungen mit Israel bereit zu sein, hat ihre Bevölkerung jedoch nie damit konfrontiert, dass die Schaffung eines eigenen Staates auch schmerzliche Zugeständnisse kosten würde – den Verzicht auf das allgemeine Rückkehrrecht vertriebener Palästinenser zum Beispiel, die Akzeptanz grenznaher Siedlungsblöcke im Gegenzug für Land.

In der Woche nach Trumps Wende freute sich die israelische Regierung ostentativ. Kein Wunder, hatte man doch ohne eigene Konzessionen den Hauptpreis bekommen: Wem gehört Jerusalem? Uns! Fragt sich nur, ob diese Freude von Dauer ist.

Denn was heißt es für die mehr als 323 700 Palästinenser in Ostjerusalem, wenn sie ihre Bürgerrechte auf absehbare Zeit nicht in einem palästinensischen Staat verwirklichen können? Sie werden ja nicht durch den Sprechakt des amerikanischen Präsidenten wie von Zauberhand verschwinden, ebenso wenig die Bewohner des Westjordanlandes und die des Gazastreifens.

Sie leben seit Jahrzehnten in ihrer eigenen Stadt im Status von Einwanderern mit Aufenthaltsgenehmigung. Versagt man ihnen permanente Bürgerrechte in einem separaten palästinensischen Staat, könnten sie auf die Idee kommen, den Kampf für gleiche Rechte in einem gemeinsamen Staat mit den Israelis aufzunehmen. Es würde auf lange Sicht das Ende des zionistischen Traums von jüdischer Souveränität bedeuten.

Die Zwei-Staaten-Lösung hatte den überkomplexen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern auf einen schlichten menschlichen Kern zurückgeführt: Die anderen gehen nicht weg, sie bleiben da und haben das Recht, nach eigenem Gusto zu leben. Das geht nun mal am besten in zwei Staaten.

Wem gehört die Heilige Stadt? Alle, die dort leben, haben ihre eigene Antwort. Jerusalem ist der Ort, an dem sich entscheidet wird, ob die Ein-Staaten-Realität die Hoffnung auf zwei Staaten für zwei Völker ersetzen wird.

323 700

Palästinenser leben in Ostjerusalem

Umstrittenes Land



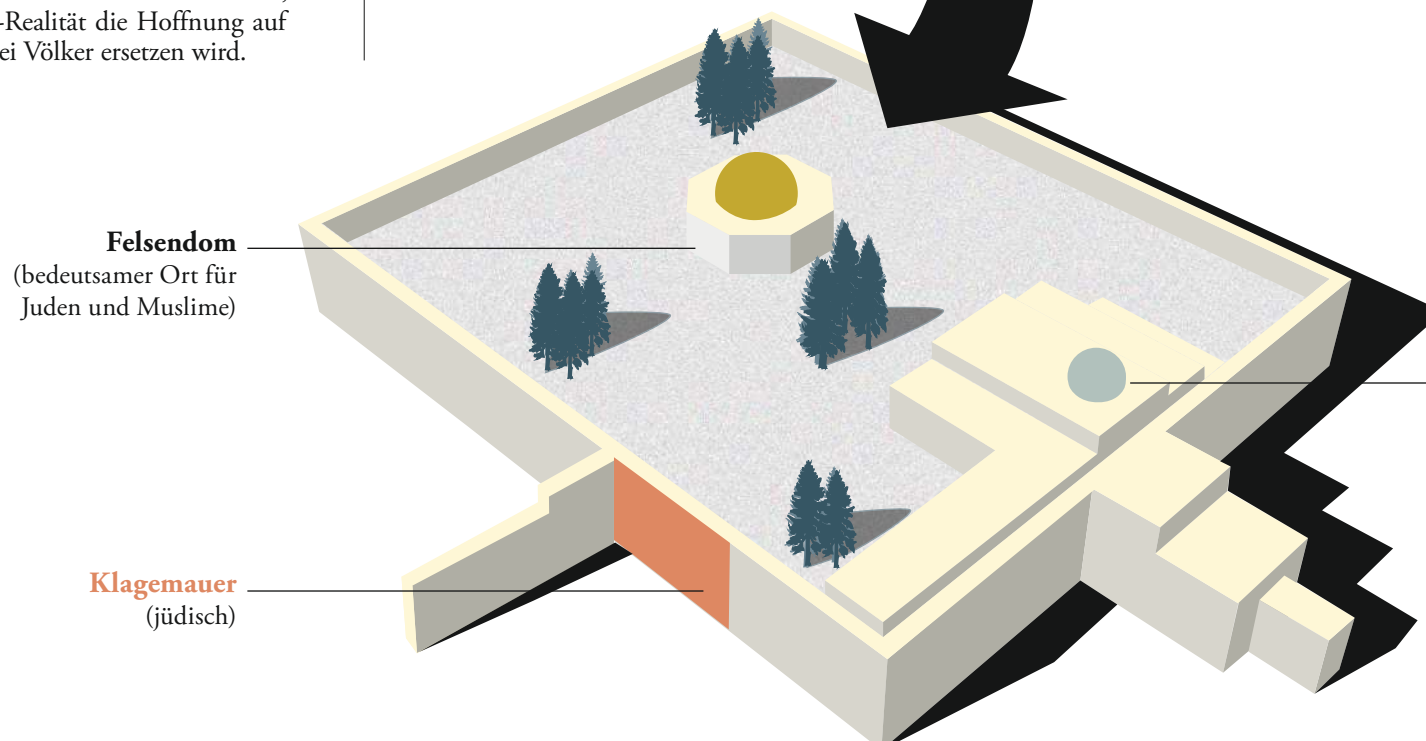
Jerusalem



Die Altstadt



Die heiligen Stätten



Felsendom
(bedeutsamer Ort für Juden und Muslime)

Al-Aksa-Moschee
(muslimisch)

Klagemauer
(jüdisch)

Nicht hier, nicht mit uns

Die antisemitischen Proteste von Berlin lösen landesweit Bestürzung aus. Nur wer sich erinnert, ist integriert **VON HEINRICH WEFING**

Es gibt heute keine Idee von Deutschland, die den Holocaust nicht mitemdenkt. Das zu sagen ist kein Sündenstolz, keine ewig gramgebeugte Fixierung auf das »Dritte Reich«. Es ist bloß eine relativ schlichte Beschreibung dessen, was die Identität dieser Republik im Innersten ausmacht. Der Völkermord und die Erinnerung daran, die Anerkennung des Existenzrechts Israels, die Aussöhnung in Europa, die Westbindung – das sind die konstituierenden Elemente der bundesdeutschen Politik aller Regierungen seit 1949.

Sie haben dieses Land geprägt, sie unterscheiden es von anderen Ländern, die ein ungebrocheneres, man könnte bei manchen auch sagen: unreflektierteres Verhältnis zu ihrer Geschichte haben. Ebendeshalb steht im Zentrum Berlins kein Denkmal für militärische Siege, sondern das Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas. Ein gigantischer Stolperstein, ein Monument steter Verunsicherung.

Das alles ist ganz und gar nicht selbstverständlich, auch nicht für Deutschland. Was Angela Merks Satz, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsräson, eigentlich genau

heißt, die Lieferung von U-Booten oder womöglich den Einsatz der Bundeswehr oder noch ganz etwas anderes, das ist kaum zu sagen. Es hat Jahrzehnte gebraucht und unendliche Debatten der Selbstverständigung, um diesen Konsens zu schaffen, und er bleibt fragil. Für Rechte ist er eine konstante Provokation, für Linke ein ewiger Auftrag zur Volkspädagogik und Misstrauen gegen die vermeintlich verführbaren Massen: »Der Schoß ist fruchtbar noch« und so weiter.

Höchst verwundert schauen Ausländer auf diesen deutschen Verantwortungs-Patriotismus. Er ist voraussetzungsreich, er ist viel anspruchsvoller als der traditionelle fahnen-schwingende Nationalstolz, und er ist auch nicht leicht anschlussfähig. Für deutsches Bier (oder Brot), für deutsche Autos und deutschen Fußball kann sich womöglich jeder begeistern, der hier lebt, in das komplexe Verhältnis zur Vergangenheit aber muss sich ein Zugereister erst einmal eine Weile versenken, um es zu kapieren. Dass das Leugnen des Holocausts hierzulande unter Strafe steht, ist, nur zum Beispiel, für Amerikaner eine schwer nachvollziehbare Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Das alles muss man sich noch einmal klar-machen, wenn jetzt vor dem Brandenburger Tor israelische Fahnen verbrannt werden und Demonstranten »Tod den Juden!« brüllen. Beides ist widerlich, beides ist offensichtlich antisemitisch, und wo es Volksverhetzung ist, müssen Polizei und Justiz mit aller Entschiedenheit handeln. Die enorme Empörung über diese Vorgänge aber, die Rufe nach neuen Strafgesetzen sind nur zu erklären, weil noch etwas anderes hinzukommt.

Die Sorge nämlich, dass mit den Bürgerkriegsflüchtlings und Migranten aus muslimischen Staaten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, auch ein aggressiver, kulturell selbstverständlicher Antisemitismus und Anti-Israëlismus importiert worden sei, der ähnliche Ten-

denzen in den türkischen und arabischen Communities in Deutschland weiter verstärke.

Tatsächlich ist der sogenannte »israelbezogene Antisemitismus«, der sich etwa in Feststellungen wie »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat« ausdrückt, auch in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet. Da sind sich »arische« und arabische Antisemiten verteuelt nah.

Genauere Erkenntnisse über antisemitische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund fehlen bislang. Im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus für den Bundestag aus dem April 2017 heißt es denn auch konsterniert: »Deutschland leistet es sich, nicht genauer wissen zu wollen, wie antisemitisch die Gesellschaft eigentlich ist.« Das gilt für die Mehrheitsbevölkerung ebenso wie für die Minderheiten.

Zwischen 2001 und 2015 wurden in der Bundesrepublik pro Jahr im Durchschnitt 1522 antisemitische Straftaten verübt. Die weitaus meisten registrierten jüdenfeindlichen Übergriffe gingen auf das Konto deutscher rechtsradikaler Täter. Interessanterweise aber zeigen Umfragen unter in Deutschland lebenden Juden, dass sie als Urheber von Beleidigungen, Belästigungen und körperlichen Angriffen mit weitem Abstand »eine muslimische Person/Gruppe« identifizieren. Nur 28 Prozent derjenigen, die Opfer eines schweren antisemitischen Übergriffs geworden sind, zeigten diesen übrigens bei der Polizei an. Die vielen anderen, die sich scheuten, taten dies meist mit der Begründung, nach einer Anzeige würde eh nichts passieren, viele andere mit dem Hinweis, so etwas geschehe andauernd.

1522

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert

antisemitische Straftaten werden durchschnittlich pro Jahr in Deutschland registriert